

Danziger Zeitung.

No 7305.

Die Danziger Zeitung erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagengasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Auswärts 1 R. 20 Pf. — Interale, pro Seite 2 Pf., nebst an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retzneier und H. Noss; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hosenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 24. Mai. Die Erzherzogin Sophie hat eine unruhige Nacht gehabt; die Störung der Gehirnfunctionen hat zugenommen und der Kräfte- aufstand ist sehr gefunken.

Rom, 23. Mai. Heute Abend begibt sich der Kronprinz Humbert nach Mailand und wird am Sonnabend Morgen mit der Prinzessin Margaretha die Reise nach Berlin antreten. In seiner Begleitung befinden sich General Desmonoz und zwei Flügel- Adjutanten.

Paris, 24. Mai. Die Regierung wird, wie verlautet, dem Gesuche der Generale Wimpffen und Uryich, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, keine Folge geben. Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen aufsoweit wäre über die Kriegsbeistvorlage ein Einverständnis zwischen Thiers und der betreffenden Commission fest hergestellt.

Washington, 23. Mai. Der Präsident hat die Amnestie unterzeichnet. Die Regierung hat heute die Session des Congresses vertagt, doch dürfte die Erledigung des Zusatzartikels zum Washingtoner Vertrage, dessen Verathung in der heutigen Sitzung des Senats noch nicht zum Schluss gelangte, noch vor dem Wiederbeginn der öffentlichen Sitzungen des Congresses erfolgen.

Reichstag.

27. Sitzung am 24. Mai.

Estat für 1873. Ausgaben-Estat der Postverwaltung. Zu dem Befolzungsetat der Postexpedition liegt eine Petition um Gehaltsausbesserung und Pensionberechtigung vor. Die Commissarien beantragen, die Petition 1) soweit sie die Pensionierung betrifft, mit Rücksicht auf die neueste Gesetzgebung für erledigt zu erklären, 2) insofern sie eine Gehaltsverbesserung beantragt, in Betreff derjenigen Postexpediteure, welche ihr Amt nicht als Nebenamt verwaltet, dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Der Antrag der Commissarien wird angenommen. — Tit. 15 verlangt für die Ausgaben dieser Petition um Gehaltsausbesserung und Pensionberechtigung vor. Die Commissarien beantragen, die Petition 1) soweit sie die Pensionierung betrifft, mit Rücksicht auf die neueste Gesetzgebung für erledigt zu erklären, 2) insofern sie eine Gehaltsverbesserung beantragt, in Betreff derjenigen Postexpediteure, welche ihr Amt nicht als Nebenamt verwaltet, dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Der Antrag der Commissarien wird angenommen. — Tit. 15 verlangt als Beitrag zur Post-Armen- resp. Post-Unterstützungs-Kasse 41,500 Thlr. und als Beitrag zu den Spar- und Vorschussvereinen der Postbeamten 5200 Thlr. Stephan erklärt, daß die gesuchte Summe den Zweck habe, die erwähnten Vereine für den Fall eines Bedürfnisses zu subventioniren, da Erfahrungen über deren Existenzfähigkeit bei der Aufstellung des Staates noch nicht vorlagen. — Abg. Richter: Man sucht in den Preisen Staats- und Selbsthilfe zu vereinfachen; das gleiche einer Vereinigung von Feuer und Wasser. Das Bedürfnis einer Reform des Beamten-Unterstützungswesens erkenne ich vollkommen an. Hier handelt es sich jedoch um die Gründung von Vereinen, die zwar dem Namen nach freiwillig sind, denen sich die Beamten jedoch nicht entziehen können. Benutzt werden diese Vorschussklassen sehr wenig, weil die Beamten ein Interesse daran haben, ihren Vorgesetzten gegenüber ihre wirtschaftlichen Verhältnisse als wohlgeordnet darzustellen, obgleich sie tatsächlich vielfach gezwungen sind, Darlehen aufzunehmen. So befindet sich die Verwaltung jetzt in einem embarras de richesse, und man schafft deshalb künstlich ein Bedürfnis, indem man den Beamten das Anerbieten macht, für ihre Familien Nähmaschinen anzuschaffen und die Vorschüsse aus der Vereinskasse zu entnehmen. Diese Verwen-

dung ist vielleicht recht zweckmäßig, nur fürchte ich, daß die Verwaltung durch Fortschreiten auf diesem Wege zu den Hinsfeldschen Speculationen gelangen könnten, die schließlich Fiasco machen. Die Gefahr, die Verwaltung zu gewagten Speculationen zu verlocken, wird noch dadurch gesteigert, daß wir durch Bewilligung einer Staatssubvention einen Präcedenzfall schaffen. Ich bitte Sie deshalb, die Position zu streichen. — Abg. v. Hoverbeck hält es für angemessener, dem Wohlwollen gegen die Postbeamten durchaus Ausdruck zu geben, daß man die für die Vorschussvereine geforderten 5200 R. der Post-Armen- und Unterstützungs-Kasse hinzufüge. Der Antrag wird angenommen. — Tit. 15 verlangt für die Auswerbung von Grubstücken 306,782 Thaler. Abg. Richter klärt die Aufmerksamkeit der Postverwaltung auf den mangelhaften Zustand der Stadt-Postexpeditionen in Berlin zu lenen. So wie bisher kann es jedoch nicht bleiben. Generalpost- director Stephan giebt die Mängel zu. Unter den Linden, wo das Bedürfnis nach einer Postexpedition vorhanden ist, wurde nach einem Lokale gesucht. Nach vieler Mühe wurden auf einem Hof sechs zum Theil einsturzende Zimmer gefunden, für welche eine Miete von 6000 R. verlangt wurde. Einen solchen Luxus können wir natürlich nicht treiben. Trotzdem ist eine erhebliche Vermehrung der Expeditionen für die nächste Zeit in Aussicht genommen. — Der Statut der Postverwaltung wird genehmigt. — Statut der Telegraphen-Beratung, deren Einnahmen 3.734.000 R. betragen, während die Ausgaben diesen Betrag um 69,273 R. überschreiten, abgesehen von 357.000 R. für einmalige und außerordentliche Ausgaben. — Abg. Schmidt (Stettin): Die persönlichen Ausgaben in diesem Statut sind entschieden zu hoch gegriffen. Es ist uns im vorigen Jahre in Aussicht gestellt worden, daß die Stelle des zweiten stellvertretenden General-Telegraphen-Directors eine vorübergehende sein soll, trotzdem erscheint der Posten in diesem Statut wieder. Ebenso ist das Bedürfnis für die Hilfsarbeiter der vortragenden Nähe in keiner Weise nachgewiesen. Es scheint somit, als wenn in diesem Statut ein gewisser Luxus mit den Beamtengehältern getrieben wird. Bei einer zweckmäßigen Verbindung der Telegraphen- mit der Post-Verwaltung könnte der zweite Telegraphen-Director wie der Hilfsarbeiter erwartet werden. Oberst Mehdam: Dieser Statut aufgeführten Beamten bilden nur einen kleinen Theil der Organe der gesuchten Telegraphie. Wir haben nur 300 selbstständige Telegraphenstationen, dagegen über 800 Stationen, bei welchen der Dienst durch Postbeamte, und 150, bei denen er von Privatpersonen versehen wird. Die Telegraphie steht ferner im Zusammenhang mit sämtlichen Eisenbahn-Betriebs-directionen, durch die dem Publikum gestattet ist, ihre Correspondenz zu befördern. Es ist daher der Umfang der Verwaltung ein viel größerer, als er nach dem Statut erscheint. Seitdem die 12 Bezirksvorwaltungen errichtet sind, hat ein Fortschritt stattgefunden, der auch vom Ausland als solcher anerkannt worden ist, da die neue Einrichtung von Frankreich, Italien und Österreich nachgeahmt ist. — Zu dem Abschnitt Einnahmen hat der Abg. Grumbrecht den Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, zu bewirken, daß die Befreiungen von Gebühren für Telegramme nach den in dem

Gesetze über Portobefreiungen enthaltenen Prinzipien baldmöglichst aufgehoben werden; 2) dem Reichstage eine Mitteilung über den Umfang der betreffenden Befreiungen und über das Verhältnis der bezahlten Leistungen der Telegraphen-Anstalten zu den nicht bezahlten zugehen zu lassen. — Abg. Grumbrecht: Es ist doch eigentlich, daß eine Verwaltung, die als Einnahme-Verwaltung ausgeführt ist, fortwährend erhebliche Deficits habe. Insbesondere sind die Einnahmen stets hinter den Ansprüchen zurückgeblieben. 1870 blieben sie um 389.000 R. zurück.

Präsident Delbrück: Was den ersten Theil des Antrages betrifft, so sind sofort Anordnungen getroffen, um die gewünschten Ermittlungen anzustellen. Im Betreff des zweiten Theils sind mit den Bundesstaaten bei der Übernahme der Telegraphenverwaltung bestimmte Verträge geschlossen worden, über die doch nicht ohne Weiteres zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Es hat nach den bei der Postverwaltung angestellten Ermittlungen die Erfahrung gemacht, daß die Aushebung der offiziellen Porto-freiheit sich leineswegs als eine so bedeutende herausstellt, als der Vorredner anzunehmen scheint; ich glaube nicht, daß bei der Telegraphenverwaltung sich ein anderes Ergebnis herausstellen würde. — Abgeordneter Grumbrecht zieht hierauf seinen Antrag zurück. — Zu den Titeln „Befolzungsfonds für den Betrieb auf den Telegraphenstationen sowie der Bezirksverwaltung“ haben die Commissarien den Antrag gestellt: Dem Reichskanzler zu empfehlen, daß die zeithohen Lokalzulagen in Wegfall kommen, nachdem fürsorge getroffen, daß die jetzt vorliegenden Ungleichheiten im Dienstinkommen der Beamten durch Zusätze beseitigt werden. — Abg. Ackermann: Es gibt nur zwei Wege, um die verschiedenen Lebensverhältnisse und die Befolzung in Übereinstimmung zu bringen. Einmal die Klassezierung der einzelnen Stellen in Klassen nach Größe und Einwohnerzahl des Ortes, dann die Aufstellung eines Normalatals mit Ortszulage. — Präsident Delbrück: Ich halte es für sehr bedenklich, wenn der Reichstag dem Antrag zustimmt. Das Prinzip, nach den Lebensverhältnissen die Befolzung abzustufen, ist eine absolut unlösbar Aufgabe. Es ist leicht zu sagen, es sei unbillig, daß die Beamten in kleinen und großen Städten gleich besoldet würden, betrachtet man die Frage jedoch näher, so sind derart viele Momente in Betracht zu ziehen, daß die Befolzung einer richtigen Statistik zweifelhaft erscheint. Ein Beamter in einer kleinen Stadt hat Familie, er ist gewungen, seine Kinder, um ihnen den nötigen Unterricht zu verschaffen, in die Pension zu schicken. In solchem Falle ist die Differenz völlig ausgeschlagen. Ferner bleiben die Verhältnisse deselben Ortes keineswegs stets dieselben. Gegenüber steht der Dienst, man nimmt das richtige Prinzip der Lebensmittel und des Wohnungspreises als Maßstab für die Befolzung, so verändern sich durch äußere Verhältnisse, wie Eisenbahnverbindung und industrielle Unternehmungen, die Preisverhältnisse in einem Jahre oft derartig, daß völlige Änderung in den Befolzungen stattfinden muß. Wollte man ein neues System der Befolzung einführen, so könnte man bei der Telegraphie nicht stehenbleiben. — Zu der Position „Befolzung der Telegraphensecrétaire“ haben die Commissarien den Antrag gestellt, den Reichskanzler aufzufordern, zu bewirken, daß die Dreiteilung in der Gehaltsscalae der Secrétaire für

den Statut pro 1873 aufgegeben, die Befolzung derselben nach einer Scala, wie vor 1872, unter Aufrechterhaltung des Princips der Aulicennität, jedoch unter Wahrung der in der Zwischenzeit von Einzelnen erworbenen Rechte, wiederhergestellt und soweit nötig, ein Nachtragsetat deshalb vorgelegt werde. — Abg. Ackermann: Die alte Praxis sei es gewesen, längere Telegraphensecrétaire in Berlin zu beschäftigen und erst, wenn sie sich bewährt hätten, als Stations-Vorsteher in die Provinz zu schicken. Nun sei die neue Dreiteilung verschiedene Gehalte fest. Die in Berlin anwesenden Beamten würden so besser besoldet als die älteren bewährten. Diesen Nebelstande müsse abgeholt werden. Abg. Richter läugnet nicht manigfache Härten bei Einführung der neuen Ordnung. Zu Beginn sei es aber unvermeidlich, daß die alte Praxis mit der neuen Einrichtung collidire, bis dieselbe durch eine neue ersetzt sei. Der Antrag wird abgelehnt. — Zu den einmaligen außerordentlichen Ausgaben liegt ein Antrag der Commissare vor, den Reichskanzler aufzufordern, zu veranlassen, daß zur Vermehrung der Telegraphenverbindungen und zur Errichtung von Telegraphenstationen ein Organisationsplan aufgestellt und dieser dem Reichstag mit dem nächsten Haushaltsetat vorgelegt werde. Nachdem der Bundes-commissar erklärt, daß solches ohnedies bereits geschehen wäre, wird der Antrag angenommen. — Zu dem Statut liegt ein Antrag der Abg. Rohland, Schmidt (Stettin) und Genossen vor, den Reichskanzler aufzufordern dahin zu wirken, daß neben den Militär-Anwärtern einer größeren Anzahl sprachlich gebildeter junger Leute aus dem Civilstande regelmäßige Aufnahme in den Telegraphendienst gewährt werde. Nachdem der Abg. v. Hoverbeck auf das schreide numerische Misverhältnis zwischen Militär-anwärtern und aus dem Civilstande hervorgegangenen Beamten hingewiesen und verlangt hatte, daß ein bestimmter Prozentsatz bei Anstellung von Militär-anwärtern nicht überschritten werde, wird der Antrag Rohland-Schmidt angenommen. — Statut für die Reichs-Eisenbahnen in Elsass-Lorraine (Einnahme 9 Mill. Thlr., Ausgabe 5,439.700 R., mithin Überschuss 3,560.300 R., woron noch 350.531 R. außerordentliche Ausgaben abzusezen sind). Abg. Deichmann tabelt die Höhe der Betriebskosten, die sich auf 60 Prozent der Einnahmen belaufen, während bei den jüngsten Bahnen die Betriebskosten höchstens auf 57 Prozent gestiegen seien. Was die als erste Rate für die Erwerbung der Eisenbahn von Colmar nach Münster geforderten 270.027 R. betreffe, so halte er es für unzulässig, auf Kosten der Steuerzahler des Reiches Eigentum zu erwerben, von dem man noch gar nicht wisse, wem es zu Gute komme. — Präsident Delbrück erkennt an, daß die Aufwendung für den Eigentumserwerb zu Gunsten Elsass-Lorraine bei der definitiven Regulirung als Guthaben des Reiches in Rechnung gestellt werden müsse. Was die Betriebskosten der Elsass-Lorraine Eisenbahnen betreffe, so seien die Erfahrungen über dieselben aus einer so kurzen und so exceptionellen Periode, daß eine Garantie für den aufgestellten Statut nach keiner Richtung hin geleistet werden könne. Uebrigens dürfe man ganz zufrieden sein, wenn die Betriebskosten sich in der That nicht höher stellen, als der Statut ausweist. — Nächste Sitzung: Sonnabend.

X Die deutschen Ostmarken.

Zubildungsberichtigungen.

IV.

Der Rückschlag. 3.

(Schluß.) Wie sich nun in Preußen im Einzelnen das Verhängnis vollzog, das uns für drei volle Jahrhunderte an Polen brachte, darüber werden wir an diesem Orte kurz sein dürfen. Soviel vor Alem zeigt der ganze Verlauf: Nicht überlegene Kraft des Gegners, sondern lediglich die innere Auflösung der Landesverhältnisse und die Nöthigung der gefaßten Weltlage führte die Katastrophe herbei. Der Feind, dem der Orden erlag, war nicht sowohl Polen, als der wirtschaftliche Umschwung des Jahrhunderts. Der Orden, mit der Hanse und seinen Städten entweit, war dem Übergange aus der Natural- in die Geldwirtschaft nicht gewachsen. Der verfassende Rittergeist gab den Söldnern alle kriegerischen Entscheidungen in die Hand; die Söldner verlangten baares Geld. Die ungeschickten Versuche solches zu schaffen, führten zum Bruch mit den Städten und der Bruch mit den Städten ließ die letzten Hilfsquellen versiegen. In diesem fehlhaften Zirkel verschwieg sich die ganze, traurige, aber lehrreiche Geschichte. Gleich nach dem Rückzuge der Polen, 1411, der verlust von Plauen zur plumpsten und verderblichsten aller Finanzregeln: zur Verpflichtung der Münze. Todfeindliches Widerstreben der Handelsstädte Danzig an der Spize, ist die unvermeidliche Antwort. Der zweite, nicht endende Streitpunkt sind die Haufenabgaben; ein dritter die Handelsverbote; dann der Selbsthandel des Ordens und die Schuflosigkeit des preußischen Kaufmanns in Polen und Litauen. Der Bürger fühlt sich in seinen Lebensquellen bedroht: das ist die vornehmste Quelle des Habers. Was sonst als Klage vorgebracht wird: Uebermuth, Grausamkeit, Willkür eines Kaisers ist augenscheinlich mehr Decoration und Inszenierung der Anklage, als ernstlich treibende Ursache, zumal es im schlimmsten Falle immer nur Einzelnen trifft. Auch die Entfernung des Landes wird, bei Lichte besehen, in erster Linie durch die finanziellen Forderungen des Ordens bedingt: und diese Forderungen sind wiederum durch jenen Erfall der mittelalterlichen Staatsmaschinen erzeugt, von dem schon die Rede war. In dem

Masse, als der Lehnsdienst sich ungenügend und unzuverlässig zu erweisen begann, war das Kriegswesen zum Geschäft, zum Handel brodloser Abenteuer geworden. Italiener, Wallonen, Czechen und in hervorragender Menge Deutsche, später auch Schweizer, stellen ihre Waffen dem Meistbietenden zur Verfügung. Nun zahlt aber der Adel grundsätzlich kein Geld, oder doch so wenig als möglich, der Bauer hat keins. Der städtische Kaufmann und Handwerker soll also herhalten. Er soll Böll erlegen, Anteilen hergeben: Alles unerhörte, ungeheure Dinge, gegen die er sich auf's Neuerste wehrt. Und damit ist denn politischer Krieg, Anarchie überall unvermeidlich, wo nicht der Souverän durch sein wirtschaftliches Geschick sich zum Herrn der Lage macht. Die volle Kasse gibt fortan den Ausschlag; sie ist der Talisman, mit dem die typischen Vertreter des fünfzehnten Jahrhunderts, Ludwig XI., Heinrich VII. in England, die ersten Hohenzollern in Deutschland die bösen Geister beschwören. Gegen den unglücklichen Ordensstaat aber richten die entscheidenden Gewalten der Zeit vereinigt ihren tödlichen Angriff. Zu dem Hader mit den Städten und dem Landadel (Schon 1411 und 1416 war in Danzig Blut in offenem Aufstande geslossen) kommen 1415 und 1422 die Kosten und Verlustungen neuer Polenkriege. Samogiten, Niedauen, Burg Nassau gehen 1422 im Frieden ans See-Wasser verloren. Pest und Miswachs verschlimmern 1427 die Lage. Das Augenstündnis eines „Landrathes“ (6 Gebliebter, 6 Prälaten, 6 Landesleute, 6 Vertreter der Städte) wird 1430 nur noch als ein Armuthszeugnis des Ordens aufgefasset, verhält nicht, sondern ermutigt den Widerspruchsgenossen. Ein neuer polnischer Einfall (1431) erschöpft vollends die Hilfsmittel. Der ewige Friede zu Brzeszce besiegelt den Schimpf und Verfall des Ordensstaates. Vor den Zulufen seiner eigenen, zuchtlösen Ritter sucht der gereife Paul von Rusdorf bei — den Danziger Bürgern, und im Frühlinge 1440 (erst zu Elbing, dann, 13. März, zu Marienwerder) schließen sich alle Elemente der Auflösung, des Sondergesetzes zusammen, zu dem großen Bunde der preußischen Städte und Stände. Gleichzeitig gegen das Schicksal einer Stadtregierung, die von den treibenden Gewalten der Zeit überall unterwöhlt ist,

sieht man aus dem Schiffbruch der öffentlichen Dinge wenigstens die Sonderexistenz der Commune, der Corporation, der Familie zu retten. Das Nationalgefühl, wie wir es verstehen, ist für Deutschland noch nicht erfunden. Dem Orden selbst ist es nicht ein einziges Mal während dieser Wirren eingefallen, es auch nur anzurufen, und die wenigen treuen Anhänger, die er während der schrecklichen Krisis bewahrt, sind so weit davon entfernt, wie seine erbittertesten Feinde. Es handelt sich lediglich um unerhörliche materielle Interessen, und so kann denn auch guter Wille und Einsicht Einzelner nicht mehr befreien, was durch die ganze Schlachtage verurtheilt ist. Nur eine Frist, nicht Rettung, kommt somit die Flucht und gerechte Verwaltung Konrads von Erlichshausen (1441—49) dem Orden noch gewinnen. Schon auf der ersten Tagefahrt zu Elbing (1441) verhandeln die Vertreter der Städte und des Adels nicht mehr wie Unterthanen, sondern wie Gleiche mit ihm: Privileg gegen Privileg, Recht gegen Recht. Freudlich, fast demütig bittet der Hochmeister 1446 um Aufstellung des Bundes: ohne Erfolg. Man traut ihm allenfalls persönlich, nicht aber dem Dunkelgeist seiner „Brüder“. Die Gelbloth, durch den unwillig getragenen Pfandzoll kaum gemildert, bleibt der Krebschaden des Landes. Die Hanse, mit der Rücksichtlosigkeit des kaufmännischen Sondergesetzes, erschwert durch Proteste und offene Feindseligkeit die ohnehin unmögliche Lage. Sie sieht im Orden offenbar nur noch ein Hindernis ihres Verkehrs und ist bereit, ihn dem Andringen des slavischen Hinterlandes zu opfern. Es war schon oben von der brutalen Gewaltthat die Rede, durch welche Elbing 1448 die Verhandlungen des Ordens mit England kreuzte. Dazu wurde im Lande Preußen, unter Rittern, Bürgern und Bauern die allgemeine Sittenverschärfung der. Be't durch die Notthaber gesteigert als gebraucht: denn nur, wo eine große Idee die Gemüther ergreift, wird das Unglück die Mutter der Genebung. Es war eine vergebliche Warnung, die Konrad auf seinem Todbett den Brüdern zurieth: „Wenn ihr meinen Sohn Ludwig wählt, so werdet ihr das Land verlieren.“ Nicht nur wählte man den ungestümen, schroffen und schwachen Mann: man sorgte auch durch eine verhängnisvolle Wahlcapitulation dafür, jede Besserung von vorn herein unmöglich zu machen.

Keine Bürger und Bauern sollen mehr aufgenommen werden (man fühle sich noch nicht verhaft und verzerrt genug!), der Meister soll nichts ohne den Gebietigen thun; und dieser Rath, darüber blieb von vorne herein kein Zweifel, richtete sich auf gewaltsame Unterwerfung der Stände und auf Befestigung der alten, strammen Buße im Orden. Da nahm denn die bis dahin scheinende Krankheit rasch ihren Verlauf zur tödlichen Krisis. Nur noch zum Schein suchte man von beiden Seiten den Schiedsspruch des Kaisers, dessen absolute Ohnmacht seiner Charakterlosigkeit vorwommen entspricht. Friedrich III. erklärt sich 1451 gegen den Bund, bestätigt ihn dann 1452 für — das Verprechen von 5400 Goldgulden und zieht dann sein Wort wieder zurück. Die Niederwerfung der bündischen Gesandten auf ihrem Wege durch Mähren (1452, durch v. Miltitz) gibt neue Veranlassung zu wütenden Klagen und Verächtigungen, herüber und hinüber. Ein geheimer Bundesrat (die drei Baisen, Hans, Gabriel und Sibor, Hans von Czeggenberg (Siegenberg), Augustin von der Schwie, Thielemann vom Wege, Jonas von Eichholz) faßt entschlossen das Neukreis ins Auge: Rüstungen, Auffstand, Bund mit dem Auslande. In den Schlussverhandlungen zu Wien vertritt dann der Orden, höchst bezeichnend für seinen Verfall mit dem Beigefüllten, zum ersten Mal entschieden den Standpunkt des absoluten, göttlichen Rechts, verlangt 600,000 Gulden Strafgelder, Einziehung der Lehnsgüter der Schuldbigen, unbedingte Anerkennung seiner Hoheits- und namentlich Besteuerungs-Rechte. Dem gegenüber klagen die Verbündeten über die unerträglichen Lasten des Polenkriegs, über neue Zölle, Ver schlechterung der Münze, Expressum unwilligster Steuern. Was über Gemaltthäuser einzelter Gebietigen und Ritter hingezogen wird, bildet so zu sagen nur eine Begleitung dieser Grundmelodie. Als dann Papst und Kaiser sich dem Orden zuwenden, läßt der Bund sich contumaciren und thut ohne Bedenken den verweiseten, entscheidenden Schritt. Schon 1452 hatte man in Elbing offen erklärt: man werde bei Freunden Rath und Hilfe suchen, wo man solche zu finden hoffe. Jetzt zeigte sich, wie das gemeint war. In erschreckender Deutlichkeit zeichnen nun Baisens Anträge in Krakau, bei Casimir IV., die Lage, das rücksichtlose, bewußte Aufgeben der nationalen Sache

Deutschland.

△ Berlin, 24. Mai. Im Bundesrath sind die Beschlüsse der Reichstags-Commission für das Militär-Strafgesetzbuch im Großen und Ganzen angenommen worden; es soll nur in fünf Punkten, welche sich theils auf den strengen Arrest, theils auf das Beschwerdewesen beziehen, eine entschiedene Meinungsabweichung bestehen. Über diese erübrigten noch eine Verständigung. Morgen um 11 Uhr wird die Commission zusammengetreten, um die speziellen Festsetzungen des Bundesrathes entgegen zu nehmen. Nur wenn jene Verständigung zu Stande kommt, ist die Annahme des Gesetzentwurfes im Plenum zu ermöglichen. Dass dort eine erneute Debatte vermieden werden soll, darf nach wie vor als feststehend angesehen werden. (Wenigstens wünscht dies die Regierung in ihrem eigenen Interesse. Die Ned.) Die großen juristischen Reichsgesetze: Civil-Straf-Prozeß-Ordnung &c. welche unter spezieller Leitung des Justizministers in Angriff genommen worden waren, sollen bis zu seiner Rückkehr gänzlich ruhen. Inzwischen wird man auf dem Juristentage die Meinung der Gelehrten weltweit der praktischen Juristen über die Frage hören und später zu Rathe ziehen, ob und in wieweit in dem Strafverfahren der Erfolg der Schwurgerichte durch Schöfgerichte zulässig sein möchte. — Die Frage, ob Aerxen das eiserne Kreuz nicht gleich den Combattanten am schwarzen Bande verliehen werden sollte, ist neuerdings wieder in den Vordergrund getreten. Die Militärärzte des Gardecorps wünschen auch bezüglich der Verleihung des Eisernen Kreuzes als Mitglieder der aktiven Armee und nicht nur der Militärbeamten-Kategorie behandelt zu sein. Man ist gespannt darauf, wie weit diesem Wunsche nachgekommen werden wird. — In Abgeordnetenkreisen bildet das weitere Schicksal des Kreisordnungs-Entwurfes den Gegenstand lebhafter Besprechungen und Vermutungen. Es heißt ein etwaiger Fall des Entwurfes im Herrenhause würde auch den Rücktritt des Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, zur Folge haben, dieser sollte dann Oberpräsident der Rheinprovinz werden, und entweder der Grafen Königsmarck, legigen Oberpräsidenten von Posen, oder den Geh. Legationsrath v. Kneudel zum Nachfolger erhalten. Soweit die Angaben; wir möchten unsererseits vor Allem bezweifeln, dass die Ablehnung des Kreisordnungs-Entwurfes im Herrenhause auch nur wahrscheinlich sei und damit auch auf die weiter daran geknüpften Consequenzen nicht allzu großes Gewicht gelegt werden dürfte. Fast mit Gewissheit ist aber wohl anzunehmen, dass die ganze Entscheidung erst im Herbst zu erwarten ist, bis wohin eine Vertagung des Landstages bevorsteht.

— Aus dem Cultusministerium beabsichtigen, wie die „Allg. Blg.“ berichtet, die Geheimräthe Wiese und Stiehl in der That auszuscheiden. Von letzterem wird sogar mit Bestimmtheit behauptet, dass seine amtliche Tätigkeit mit dem Schlusse der Conferenzen über die Umgestaltung des Seminar- und Schulwesens aufzuhören werde. Ein Erfolg für die ausscheidenden Kräfte ist bis jetzt noch nicht gefunden. Auch den Consistorien sollen in nächster Zeit verschiedene Personalveränderungen bevorstehen.

— Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Sonderburg haben nach scharfem Wahlkampfe die Deutschnesten besiegt und sämmtliche Stellen besetzt. Da die Dänen bisher gewohnt waren, Sundewitt und Aalen als ihre Gestaltungsdomäne zu betrachten, so ist ihre Bestürzung über dieses Ereignis sehr groß.

△ Hamburg, 24. Mai. [20. Allg. deutsche Lehrer-Versammlung.] 3. Haupt-Versammlung. Director Hoffmann-Hamburg referirt über das Thema: „Die Aufgabe und die Organisation eines zu begründenden allgemeinen deutschen Lehrer-Vereins und sein Verhältnis zur allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung“. Er schlägt folgende These zur Annahme vor: „In Erwägung, dass 1) ein großer Theil der deutschen Lehrer einen allgemeinen deutschen Lehrer-Verein für wünschenswert erachtet und den deutschen Lehrerverein für die Hebung der Volksschule, in der Absicht, denselben über das ganze deutsche Reich zu verbreiten, gründet hat; in Erwägung, dass 2) eine dauernde Verbindung zwischen diesem Vereine und der allgemein-deutschen Lehrer-Versammlung, welche beide ein und dasselbe Ziel erstreben, wünschenswert erscheint; in Erwägung, dass 3) die Delegierten-Versammlung des genannten Ver-

eins am 28. December v. J. eine derartige Verbindung bereits in Aussicht genommen hat: beauftragt die allgemeine Lehrer-Versammlung ihren geschäftsführenden Ausschuss, mit dem Vorstande des oben genannten Vereins in Beratung zu treten, um mit denselben womöglich eine dauernde organische Verbindung zwischen der allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung und dem deutschen Lehrer-Verein zum Heil der Volksschule zu vereinbaren.“ Die Annahme der These erfolgt auf Wunsch des Referenten ohne Discussion fast einstimmig. Hierauf hält Schulvorsteher Dr. Zimmerman aus Hamburg seinen Vortrag über das Thema: „Welche Beschränkungen und welche Erweiterungen des Lehrstoffes fordern unsere Zeit und die gefundene Pädagogik.“ Nach einer längeren Debatte wurde folgende These des Referenten angenommen: „Was unsere Schulen zu lernen haben, soll erweitert oder beschränkt werden auf das, was sie in den Stand setzen wird, die Welt, in der sie einst leben und thätig sein werden, zu verstehen.“ Derer nahm die Verhandlung die These des Real-schul-direktors Schauenburg aus Krefeld: „Unzählig ist, dass irgend ein Unterricht sich mit unbeflittenen Ergebnissen der Wissenschaft in Widerspruch setzt“, an Director Hoffmann giebt in einer Schlubrede ein treffliches Refumé der Leistungen des 20. als deutscher Lehrertages in den Hauptversammlungen und den Sitzungen der 10 Sectionen und macht Mitteilung über die vielen von Regierungen, Magistraten und Vereinen eingegangenen Telegramme und Zuschriften. Nach dem Schlussrede bringt Seminar-Dir. Dr. Zimmermann aus der Stadt Hamburg und Schul-Inspr. B. Achhaus-Osnabrück dem Ortsausschuss und dem Präsidium ein dreimaliges Hoch aus. Hierauf erklärt Präsident Hoffmann die 20. allgemeine Lehrer-Versammlung für geschlossen. — Nachmittags fand eine 4 stündige Spazierfahrt auf der Elbe bis nach Stade heraus und herunter statt. Über 1500 Personen waren auf dem Riesendampfer „Germania“ und wurden von der Direction der Hamburg-Amerikanischen Packetboot-Aktion-Gesellschaft in reicher Fülle mit Gerstenast und kalter Küche regalirt. Die herrlichen Natur- und Kunstanlagen von der Elbe von Hamburg bis über Blankensee hinaus fesselten die Aufmerksamkeit der Mitschaffenden im höchsten Grade.

△ Döbischow, 23. April. Am 30. Mai 1871 wurde auf einer Requisitionstour von Montmornil nach Epernay ein Geldtransport von Franztreuers überstellt, und dabei ein Lieutenant und Wehrmann getötet. Der Reichskanzler verlangte in Folge dessen von der französischen Regierung für die Familien der Getöteten eine Geldentschädigung, und zwar für die des Erstern 8000 und für die des Letztern 6000 Frs. Diese Gelber sind denn auch wirklich an die Kaiserl. deutsche Gesandtschaft in Paris gezahlt und von dieser zur Auszahlung im Bevölkerungsamt v. 2133 R. 10 Fr. und 1600 R. an die Berechtigten gelangt. (Ob.-B.)

Schweiz.

Zur letzten Volksabstimmung wird der „Königl. Blg.“ aus Bern berichtet, dass die derselben voraufgegangenen Wählerviere im Kanton Tessin zu heftigen Debatten im großen Rath dabeistand geführt hätten, jedoch ein Antrag auf strenge Unterforschung des vom Clerus beobachteten Verhaltens in der Minderheit geblieben sei. Die Theilnahme des Batiens an dem Ausgang jenes Tages werde durch die von Lügano direct an den Papst und den Gesandten nach Rom abgesandten Telegramme über den Ausfall der Abstimmung bestätigt.

Frankreich.

* Paris, 22. Mai. Die Mitglieder der äußersten Rechten beabsichtigen bekanntlich zu verlangen, dass die Mitglieder der Regierung der nationalen Vertheidigung in Anklagestand versetzt würden. Wie man vernimmt, will Thiers dies nicht dulden, weil es nach seiner Ansicht mit zu großer Gefahr für öffentliche Ruhe verbunden wäre. Es ist nunmehr stark davon die Rede, wenigstens die Haupturheber des Krieges, Olivier, Gramont und Lebeau, vor die Gerichte zu stellen. — Um eine politische Demonstration zu machen, will das Haus Orleans die Leiche Louis Philippe aus England überführen und im Erbbegräbniss des Hauses zu Dreux beisetzen. Die Herren träumen von einem Triumphe wie der war, den der Bonapartismus feierte, als Herr v. Joinville im Auftrage seines Vaters die Asche Napoleons I. aus St. Helena zu den Invaliden in Paris brachte. Jeder, der die Verhältnisse kennt, sagt den Prinzen ein Fiasco voraus. — Unter den Bildern, die auf Veranlassung der französischen Regierung wegen anstössiger Darstellung deutschen Kriegslebens von der Ausstellung entfernt wurden, befand sich eins von Detaillen, Pfusforderung eines Hauses, darstellend. Darauf laufte es die Verwaltung der Luxemburggalerie für 5000 Frs. an, trat jedoch von dem Erwerb

eigentlich der Besitz des letzten Guldens entschied über den Sieg. Von den unbezahlten Söldnern des Ordens wird Marienburg (1457) für 430,000 Gulden an Polen verlaufen. Die bittere Not liefert drei Jahre später auch die Stadt und ihren brauen Vertheidiger in die Hände des Feindes. Die letzten Jahre des Krieges zeigen nur noch planloses Rauben von beiden Seiten, ohne irgend eine große Action. Als der Hochmeister am 19. October 1466, abgehärmkt, in ärmlichem Aufzuge, ein Verzweifelter, zu Thorn einreitet, um die Selbstständigkeit und Ehre des Ordens dem Polenkönige zu füllen zu legen, hat er eine Wüste hinter sich gelassen, da wo ein halbes Jahrhundert früher ein herrlich aufblühendes Culangebiet den Ruhm deutscher Ritterkraft und deutscher Bürgertüchtigkeit verhüllte. Und der Preis dieser Opfer? Erhaltung der „Privilegien“ hatte Kasimir IV. seinen Verbündeten zugesagt. Kein Pfundzoll mehr, kein Strandrecht, keine Verschlechterung der Münze! Danzig wird künftig selbst münzen, im Kriege auch Thorn und Elbing. Dazu freier Handel in Polen und Litauen, freie Wahl des zu nehmenden Rechts für den Verkäufer. Nur Eingebohrne werden in Preußen Stellen und Würden erhalten. Man wird eine Art Republik bilden unter polnischem Schutz! Auf diese Bedingungen hin ist denn Westpreußen (und mit ihm Ermland) 1466 polnisch geworden, während der Hochmeister bekanntlich für Ostpreußen den Lehnsbeitrag leistete, die Zulassung von Polen zum Orden (bis zur Hälfte der Mitglieder) zugab und Kriegshilfe verpflichtete: gegen Gewährung von Ehrenstift und Stimme im polnischen Reichsrath und Zuführung des königlichen Schutzes. Kaiser und Reich aber hatten keine Hand gerührt, den Verlust zu wenden. Sie hatten weder Verständniß für diese Dinge noch die Macht, auf sie einzutwirken, und was die Hanse anbetrifft, so waren ihre kaufmännischen Interessen auf polnischer Seite. Das deutsche Bürgertum in Preußen, zwischen einer absterbende geistlich-feudale Corporation deutschen Ursprungs und das mächtig aufstrebende, slavische Hinterland gestellt, hatte die Nationalität dem Geschäftsvortheil und der Wahlung des Souveränitätsgeopfert. Wir werden nun zusehen, wie ihm die Probe bekommen ist.

zurück, weil ein auswärtiger Liebhaber sich dafür stand. Es heißt nun, der Großfürst-Thronfolger von Russland habe das Bild für 22,000 Frs. angekauft. Roubaix, 20. Mai. Vor ungefähr drei Wochen sandte das hiesige deutsch-amerikanische Handelshaus Sichel u. Comp. einen seiner Commiss, G. Willens, nach Roubaix, wo es eine Filiale besteht. Er sollte einen Commiss ersezten, mit dessen Diensten man nicht zufrieden war. Nach der Ankunft Willens wurde der betreffende Commiss weggesandt. Dieses ereigte unter den Commiss der Stadt Entrüstung, und als Willens am letzten Sonntag die „Bouffes du Nord“ zu Lille besuchte, wurde er von den Roubaix Commiss gezwungen, dieselben zu verlassen. Dabei blieb die Sache aber nicht. Er wurde von den Commiss, denen sich Arbeiter angeschlossen, auf offener Straße und in seiner eigenen Wohnung überfallen, deren Thür man zugeschlagen. In Folge der Intervention des Polizei-Commissars wurde er nicht stark mishandelt; dieser forderte ihn aber auf, Lille zu verlassen, weil er nicht für sein Leben einstehen könnte. Willens begab sich nach Paris, um bei der deutschen Botschaft eine Klage einzureichen.

England.

Die Gesandtschaft aus Panthay, welche eine vertragte Botschaft des Sultans Suleiman aus Talifan an die Königin von England überbringen soll, ist gegen Mitte vorigen Monats in Kalkutta eingetroffen. Panthay war eine der halb unabhängigen Landschaften der chinesischen Provinz Junnan, und hat das Schutzverhältnis zu China gelöst. Suleiman wurde vor einigen Jahren zum Sultan gewählt und schlug in Talifan seinen Regierungssitz auf. Vier Offiziere und eben so viele bürgerliche Oberbeamtheiten mit ihm die Regierungs-Angelegenheiten; die ersten stehen gewissen Bezirken des Landes vor, die letzteren bilden das Ministerium in Talifan. Die Panthays treten als strenge Mohomedaner auf und enthalten sich nicht nur der geistigen Getränke, sondern auch des Tabaks; es sind starke, schöne Gestalten von mittlerer Größe und heller Hautfarbe, haben schrägstehende Augen, hohe Backenknochen und eine im Allgemeinen von der chinesischen Nation erkennbar verschiedene Physiognomie. Schnurbärte tragen sie, nicht aber Backenbärte, welche sie ausraufen. Ihre Kleidung ist die chinesische Jacke und kurze Hosen, und ein gelbes Gürtelband mit einem Dolch vervollständigt den Anzug; die Frauen tragen sich auf chinesische Weise. Die männliche Bevölkerung ist fast ausnahmslos militärisch. Die chinesische Oberhoheit ist übrigens in den Westprovinzen so gut wie abgeschlüsselt. Die erwähnte Gesandtschaft besteht aus einem Sohne und einem Neffen des Sultans, einem Dolmetscher und fünf Begleitern. Ihre Weisung war, in England die Hilfe der Königin gegen die Chinesen anzuregen. Da der Sultan Suleiman an eine Ueberlieferung glauben soll, nach welcher der Herrscher von Panthay zum Kaiser aller Chinesen bestimmt ist, so wird die englische Regierung ein Bedenken tragen, sich in so weit ausstehende Pläne einzumischen.

Spanien.

Es scheint sich zu bestätigen, dass Don Carlos einen sehr erheblichen Theil der Geldmittel, die er zur Anstiftung des Aufstandes im Baskenlande und anderer Provinzen bedurfte, aus Rom erhalten hat. Auch will man die Entdeckung gemacht haben, dass ein Jesuitenpater (wie es heißt in Lüttich) anderen zufolge in München 10,000 Gewehre für die Insurgenten in Spanien bestellt hat, die auch von den Fabrikanten nach Bordeaux zur Verschiffung nach einem nordspanischen Hafen abgeliefert, aber, da ihre Bestimmung nicht verborgen geblieben, ehe sie an Bord gebracht werden konnten, von der französischen Behörde mit Beslag belegt worden sind. Hält man damit ein Telegramm aus Marsella zusammen, welches dieser Tage von Rom meldete, dass der Papst eine spanische Deputation empfangen und Worte an dieselbe gerichtet habe, die als Ermuthigung der Empörung gegen den König Amadeo begriffen Spanier aufgefasst werden können, so liegt der Schluss sehr nahe, dass zwischen jener Versorgung mit leiblichen und dieser Spende von geistlichen Waffen ein Zusammenhang statfinden müsse.

Danzig, den 25. Mai.

* In der am 22. d. M. im Saale der Stadtverordneten abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Corporation unserer Kaufmannschaft erfasste der Vorsitzende, Herr Commerzienrat Goldschmidt, Namens des Vorsteher-Amtes folgenden Berichtsbericht:

„M. H.! Als wir Ihnen im vorigen Jahre unsern Berichtsbericht erstatteten, war eben der Krieg mit Frankreich beendet worden. Seit der Wiederherstellung des Friedens hat auch das Vorsteher-Amt seine Arbeiten zum Besten des Handels in grösserem Umfange wieder aufnehmen können und Ihnen in einigen Tagen zugehende Jahresbericht wird Ihnen ein umfassendes Bild unserer Tätigkeit im verflossenen Jahre geben. Manche Wünsche, die bisher eine stehende Rubrik in unseren Handelsberichten gebildet haben, sind erfüllt worden, andere der Erfüllung nahe. Wir erwähnen hier vor allen Dingen, dass endlich der Bau des Hafenbassins in Neufahrwasser im Angriff genommen ist und dass der Bau der directen Eisenbahn nach Warschau gesichert zu sein scheint. In Betrieb der letzteren können wir nicht rühmend genug die dabei entfaltete Tätigkeit einzelner Mitglieder des Comites für diese Eisenbahn, namentlich die des Herrn Oberbürgermeister v. Winter hervorheben. Ebenso müssen wir erwähnen, dass die Hafeneinrichtungen in letzter Zeit wesentliche Verbesserungen erfahren haben, dass das neue Leuchttuer bei Heisterknecht in diesem Jahre fertig werden wird und dass wir nicht ohne Hoffnung sind, auch bei Orléans ein Leuchttuer errichtet zu sehen. Über die Vermehrung der Schienestränge in Neufahrwasser und die Aufstellung zweier Krähne am Hafenkanal haben wir auch im verflossenen Jahre vielfach verhandelt; wir nehmen an, dass die betreffenden Einrichtungen in diesem Jahre zur Ausführung kommen werden. Weniger günstig liegt es mit der Anlage eines Schienestranges auf der Speicherinsel, vom Bahnhof bis zur Milchkanalstraße, da neuerdings Bedenken gegen das ursprüngliche Projekt aufgekommen sein sollen und wahrscheinlich neue Erörterungen über dasselbe werden statfinden müssen.“

„Mit der Direction der Ostbahn sind wir im vorigen Jahre wegen des zeitweilig eingetretenen Wassermangels und wegen der vielfachen Diebstähle auf dem Ostbahnhof öfters in Correspondenz getreten; in beiden Fällen ist unserer Wünschen Rechnung getragen worden. Weniger günstig liegt dagegen die

Angelegenheit der Errichtung einer Telegraphenstation in Rixhöft und die projectierte Ausgabe von Schiffszetteln über die Rixhöft passirenden Schiffe. Diese Einrichtung hat einstweilen noch nicht in's Leben gerufen werden können, weil nach Angabe der Kaiserlichen Telegraphen-Direction in Rixhöft eine zum Telegraphiren geeignete Persönlichkeit nicht gefunden werden können.“

„Die von uns befürwortete Anlage eines Winterhafens bei Dirschau ist einstweilen abgelehnt, weil die Stadt Dirschau den desfallsigen Anforderungen nicht zu entsprechen geneigt ist. Ob die gleichfalls von uns befürwortete Einrichtung einer Reitenschiffahrt auf der Weichsel, mit Ausschluss der Strecke von Neufahrwasser abwärts, zur Ausführung kommen wird, ist uns bisher nicht bekannt geworden. Auch andere Einrichtungen für die Schiffahrt haben uns vielfach beschäftigt, so die Bestimmungen über die Bewachung der mit Petroleum ankommenden Schiffe und die Vertheilung der Kosten derselben; auch haben wir der Königl. Regierung unsern gutachtl. Bericht über den uns vorgelegten Entwurf einer neuen Hafenpolizeiordnung erstattet.“

„Auf dem Gebiete der Gesetzgebung haben wir uns wiederholentlich mit der Regelung der Bantnotenfrage beschäftigt und unsern Ansichten befußt Instruction für die zum deutschen Handelstage abgesandten Deputirten festgestellt; wir haben ferner unsere Ansichten über die neu zu emanzipirende Seemannsordnung ausgesprochen und auf Verlangen höherer Behörden über die Anwendung einzelner Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auf kleinere Fahrzeuge, Küstenschiffahrt &c. — speciell was deren Registrierung, Journalführung und Decladungen betrifft — uns gutachtl. geäußert.“

„Bei der an uns herangetretenen Frage über die Vermessung der deutschen Kaufahrtschiffe haben wir uns den Bremer Anträgen auf Einführung der britischen Messungs-Methode angegeschlossen.“

„Den Entwurf eines neuen Boll-Regulations über die Behandlung des Waaren-Ein- und Ausgangs durch die Weichselmündungen haben wir einer ausführlichen Erörterung unterzogen und in einer umfassenden Denkschrift unsere Ansichten zur Kenntnis der höheren Behörden gebracht; auch über eine durch die neue Maß- und Gewichtsordnung notwendig gewordene Revision des veralteten Hafen- und Stromgebärdarifas haben wir neuerdings geeignete Vorschläge gemacht.“

„Die bisher geltenden allgemeinen Bedingungen für den Getreidehandel haben wir einer Revision unterzogen und dabei zugleich eine Ueberinstimmung zwischen den Bedingungen für das Logogeschäft und denjenigen für den Terminhandel herbeizuführen gesucht; wir werden Ihnen den neuen Entwurf zur Beschlussfassung vorlegen.“

„Für die von der Normal-Archivs-Commission proprieerte Herstellung geeigneter Getreide-Schalen von 1 Centner Inhalt mit zugehörigen Fülltrichtern haben wir dem Ausführung des deutschen Handelstages unsere zufümmende Erklärung übermittelt; dagegen haben wir uns auf Anfrage der Reg. Regierung gegen die Einrichtung eines offiziellen Wiege-Instituts, wie dieses von dem Vorsteher des hiesigen Stromschiffvereins beantragt worden, ausgesprochen.“

„Für den Spiritusbandel ist eine durch die neue Maß- und Gewichtsordnung notwendig gewordene anderweitige Notierung festgestellt; auch auf Anregung vieler Spiritus-Interessenten eine Änderung der bisherigen Usancen bei der Abnahme von Spiritus einzuführen versucht worden. Dagegen ist es bei dem Kohlenhandel noch nicht gelungen, die Einführung des Gewichts statt des bisherigen Maases herbeizuführen, obgleich sowohl im Auslande als im Innlande der Handel in Kohlen nach Gewicht immer allgemeiner wird.“

„Das für alle Zweige des Verkehrs eingerichtete Institut d. vereideten Sachverständigen hat sich auch im vorigen Jahre bewährt; das Reg. Commerz-Collegium hat auf unseren Antrag neuerdings deren Zahl vermehrt, und zwar speciell für Weine, Kohle und für Eisen und Eisenfabrikate.“

„Dem Reichskanzleramt und dem Handelsministerium haben wir eine große Zahl von Gutachten über die Neubesetzung resp. Wiederbesetzung von Consulatsstellen abzugeben gehabt; ebenso haben wir im verflossenen Jahre mehrfach unser Präsidentenamt bei Besetzung von See- und Binnenlootstellen ausgetübt. Dem von Seiten des Nautischen Vereins an uns gestellten Antrage, Steuerleuten und Schiffscapitänen bei Besetzung von Binnenlootstellen eine Bevorzugung angebieten zu lassen, glaubten wir nicht Folge geben zu können, wenn wir nicht die bereits seit einer Reihe von Jahren auf der Aspirantenliste befindlichen Candidaten jeder Ansicht auf Anstellung berauben wollen. Wir haben jedoch diesem Antrage insoweit Redundanz getragen, dass wir die Aspirantenliste für die Binnenlooten geschlossen haben und vorläufig keine Anmeldungen mehr annehmen.“

„In Betreff des Beamtenpersonals der Kaufmannschaft erwähnen wir, dass im verflossenen Jahre der Schiffsbauemeister Mackmann an Stelle des verstorbenen Herrn Wunderlich zum Planken-Inspector erwählt wurde.“

„Der Corporation gehörten gegenwärtig 265 Mitglieder an; die im vorigen Jahre veröffentlichte Rolle enthielt 249 Mitglieder; die Mitgliederzahl hat sich also um 16 vermehrt.“

„Unser neues Corporations-Statut ist mit dem 1. October v. J. in Kraft getreten. Die Bestimmungen derselben haben sich bei der Verwaltung der Corporations-Angelegenheiten als durchaus zweckentsprechend bewährt. Freilich müssen wir auch her vorheben, dass von der in § 22 des Statuts getroffenen Bestimmung, dass die Sitzungen des Vorsteher-Amtes für die Mitglieder der Corporation öffentlich sein sollen, bisher noch in keiner Weise Gebrauch gemacht worden ist.“

„Der Ihnen heute überreichte Rechnungsansatz der Corporationsfasse pro 1871 ergiebt, dass die Einnahmen zugleich des Bestandes betragen haben R. 6469. 14. 3

die Ausgaben R. 5980. 23. 2

Die Frequenz der Handelsakademie ist auch im verflossenen Jahre eine sehr günstige gewesen; es haben nämlich 75 Schüler die Anstalt besucht, außerdem noch 31 Schüler einer Vorklasse, demgemäß haben sich auch die Einnahmen derselben wiederum vermehrt. Die Gesamt-Einnahme der Klasse der Handelsakademie incl. des Bestandes betrug im letzten Jahre

1. April 1871 R. 7113. 2. 3
1. April 1872 3418. 26. 4
die Gesamtausgabe 3694. 5. 11 und verblieb demnach ein Bestand von

Am 1. April 1872 betrug das Vermögen der Fabrunk'schen Stiftung R. 19,455. 5. 11 gegen R. 17,342 24 Br. am 1. April 1871. Dasselbe besteht aus R. 9925 in Westpr. Pfandbriefen und Staatschuldscheinen, R. 7 Sparlappenbuch, R. 3000, welche bei der Privatauktion à 3% bezogen sind, R. 523. 5. 11 baar und R. 6000 als Werth des Gebäudes der Handelsakademie; es hat sich also das Vermögen im verflossenen Jahre um R. 2112. 11. 11 vermehrt. Hierzu hat besonders beigetragen, daß gegen den Etat an Honorar von Schülern 1456 mehr eingegangen sind, und auch Administrationskosten R. 769 weniger verausgabt worden, weil die in Aussicht genommenen Canalisationsarbeiten in dem Grundstücke der Handelsakademie noch nicht ausgeführt sind.

Die von uns beschlossene Ueberführung der Fabrunk'schen Gemälde- und Kupferstich-Sammlung in das im Franziskaner-Kloster erbaute neue Museum wird noch in diesem Jahre zur Ausführung kommen. Schließlich haben wir noch zu erwähnen, daß bei Gelegenheit der Uebersendung der zu unserer Jubiläumsfeier herausgegebenen Festchrift an den Herrn Reichsstaatsrat, den Herrn Präsidenten des Reichs-Landw.-Amtes und die Herren Handels- und Finanz-Minister uns von diesen, sowie ferner von den Herren Vertretern der Berliner Kaufmannschaft, die besten Wünsche für das fernere Gedeihen der Corporation ausgesprochen sind.

Demnächst werden zu Revisoren der Jahresrechnung pro 1871 sowie des Etats pro 1873 gewählt: die Herren Max Steffens, R. Wegner und Th. Robenacker jun., und trat hierauf die Versammlung in die Beratung des vom Vorsteher Amte vorgelegten neuen Entwurfes der "Allgemeinen Bedingungen für den An- und Verkauf von Getreide, Hülsenfrüchten und Dolsaten". Der Entwurf wurde mit wenigen Abänderungen angenommen, und sollen die Bedingungen für den Loco-Handel schon am 1. Juli e., die für den Terminhandel aber erst für diejenigen Termingeschäfte in Kraft treten, welche auf einen Lieferungstermin nicht vor dem 1. Novbr. e. abgeschlossen sind. — Die Beschlussfassung über einen Antrag auf Einsetzung eines ständigen Schiedsgerichtes zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Auslegung der "Allg. Bedingungen" wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

* Dem Vereinnehmen nach werden die Erdarbeiten für die neue zum Pommerschen Bahnhofe führende Brücke über den Stadtgraben noch in diesem Jahre beginnen. Die Direction der Stettiner Bahn hat zur Zeit Verhandlungen angelauft, um das zur Aufstellung des Damms erforderliche Land zu erwerben. Voraussichtlich werden die dazu erforderlichen einige 30,000 Schachtruten Erde mittelst Extrazügen von Langeführ aus herbeigeschafft werden. Da die speciellen Pläne für den Oberbau erst entworfen werden und den erforderlichen Instanzenzug durchzumachen haben, die Schüttung des Erdballes auch die nötige Festigkeit erlangen muß, wird der Oberbau erst im nächsten Jahre beginnen können und alsdann voraussichtlich zum Herbst nächsten Jahres die Brücke dem Verkehr übergeben werden. Letztere wird eine Breite von 36 Fuß, zwei Gleise für den Wagenverkehr und zwei Fußwege je 6 Fuß Breite haben. Von den zwei Wegen für den Fahrverkehr wird der eine von der Stadt nach der Promenade, der andere von der Promenade nach der Stadt führen, so daß also niemals die Wagen in Collision gerathen können. — Der in der Nähe der Elisabeth-Kirchgasse befindliche Garnisonschuppen ist von der Direction der Berlin-Stettiner Eisenbahn zum Abriss erworben, um die nach der neuen Brücke führende Straße zu erweitern; wünschenswerth wäre es, daß auch bei Seiten lauf die Wegräumung der den Verkehr hindernenden Vorbauten und Beischläge in der Lößberggasse und der Elisabeth-Kirchgasse Gedacht genommen würde; dringend empfohlen würde es sich auch, da der Verkehr durch die neue Straße ein sehr frequenter werden wird, die Brücke über die Radauen durch Fußwege an jeder Seite zu erweitern. Wenn wir recht berichtet sind, ist vom Magistrat die Ausführung dieses Projects auch bereits ins Auge gefasst worden.

* Der Vorsteher der hiesigen Regierungskasse, Landrentmeister und Rechnungs-Rath Schulze, tritt mit dem 1. August d. J. in den Ruhestand und ist zum Geh. Rechnungs-Rath ernannt worden. Zu seinem Amtsnachfolger war dem Herrn Finanzminister der Rechnungs-Rath v. Lengsfeld vorgeschlagen. Letzterer hat aber seine Bewerbung wegen Erkrankung zurückgenommen; und es soll nun der Rechnungs-Rath Kässer für die Stelle bestimmt sein.

* Die hiesige R. Regierung hat den Termin zur Einführung geächteter resp. mit dem Inhalt bezeichneteter Gläser und Schrankgläser bis zum 1. Januar 1873 verlängert.

* Zwei Soldaten fanden gestern Abend in der Mottlau beim Fortifications-Bauhof die Leiche eines

Br. September-Dezember 48 Br. Wettend.

Berliner Fondsboerse vom 24. Mai.

Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1871.

Nachen-Meistricht. 3% R. 47½ b. u. G.

Berl.-Märk. A. 7½ R. 139 b. u. G.

Berlin-Anhalt. 18% R. 224½ et b. u. G.

Berlin-Hamburg. 10% R. 189 b. u. G.

Berl.-Potsd.-Magdeh. 14% R. 184 b. u. G.

Berlin-Stettin. 11½ R. 189 b. u. G.

Bresl.-Schweid.-Freib. 9% R. 149 b. u. G.

Cöln-Winden. 4% R. 186 b. u. G.

Magdeh.-Halberstadt. 4% R. 156 b. u. G.

Magdeh.-Leipzig. 16% R. 258 b. u. G.

Niederschl.-Märk. 4% R. 95 b. u. G.

Niederh.-Zweigbahn. 5% R. 115 b. u. G.

Oberschl.-Litt. A. u. C. 13% R. 156 b. u. G.

Ostpr. Sibb. St. Pr. 5% R. 70 b. u. G.

Rhein.-St.-Prior. 4% R. 164 b. u. G.

Rhein.-St.-Prior. 4% R. 46 b. u. G.

Stargardt.-Bösen. 4% R. 100 b. u. G.

Dividende pro 1871.

Döringer. 10½ R. 165 b. u. G.

Amsterdam-Rotterd. 6½ R. 106 b. u. G.

Böh. Weißbahn. 8½ R. 116 b. u. G.

Ludwigsh.-Verbach. 11½ R. 204 b. u. G.

Mainz-Ludwigshafen. 11% R. 182 b. u. G.

Deut.-Franz.-Staat. 5½ R. 214 b. u. G.

Russ. Staatsbahn. 5½ R. 95 b. u. G.

Südböhm. Bahnen. 4% R. 120 b. u. G.

Prioritäts-Obligationen.

Kurstl.-Chartow. 5% R. 94 b. u. G.

Kurstl.-Kiew. 5% R. 94 b. u. G.

Vonk. und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1871.

Berl. Kassen-Bank. 3% R. 226 b. u. G.

Berl. Handels-Gef. 12½ R. 155 et b. u. G.

Danziger Bankverein. 4% R. 102 b. u. G.

Bantl. 7% R. 118 b. u. G.

Danzig. H. B. B. 5% R. 101 b. u. G.

Danzig. Com. Anteil. 4% R. 220 b. u. G.

Danzig. H. B. B. 9% R. 114 b. u. G.

Bomm. Hypoth.-Br. 5% R. 100 b. u. G.

Dividende pro 1871.

Berl. Kassen-Bank. 3% R. 165 b. u. G.

Berl. Handels-Gef. 6% R. 155 b. u. G.

Danziger Bankverein. 4% R. 102 b. u. G.

Bantl. 7% R. 118 b. u. G.

Danzig. H. B. B. 5% R. 101 b. u. G.

Danzig. Com. Anteil. 4% R. 220 b. u. G.

Bomm. Hypoth.-Br. 5% R. 100 b. u. G.

Dividende pro 1871.

Berl. Stadt-Ob. 5% R. 102 b. u. G.

Röb. Ver.-Bantl. 11% R. 106 b. u. G.

Magdeh. Priv. 5% R. 109 b. u. G.

Deut. Credit. 17% R. 200 b. u. G.

Bofen. Prov. 6% R. 114 b. u. G.

Breuh. Bt.-Anth. 12% R. 199 b. u. G.

B. Crd.-Ac. 14% R. 183 b. u. G.

Centr.-Bod. 9% R. 126 b. u. G.

Bomm. R. Br.-G. 6% R. 109 b. u. G.

B. conf. 4% R. 103 b. u. G.

B. consol. 4% R. 103 b. u. G.

Freitagsfeier Gemeinde.
Sonntag, den 26. Mai: Kein Gottes-
dienst.
Die glückliche Entbindung meiner lieben
Frau von einem gesunden Knaben zeige
ganz ergeben an.

G. Boeckle.
Heute Moraens 3 Uhr wurde meine liebe
Frau von einem fröhlichen Knaben
glücklich entbunden.

Warmhof, den 25. Mai 1872.

(8126) R. Fibelkorn.
Um 18. huj. wurde meine Frau Auguste
geb. Gertz von einem gesunden Blä-
chen glücklich entbunden.

Greenock b. Glasgow in Schottland.

G. Hoffert, Schiffbau-Ingenieur des

(8115) Norddeutschen Lloyd.

Edictal-Citation.

Der Marine-Schiffbau-Ingenieur Ferdinand Klein hat gegen seine dem Aufenthalte nach unbekannte Chefarzt Maria Klein, geb. Weidenberg, unter den Behauptungen, daß die selbe Ende März oder Anfang April 1871 ihn zu Stiel heimlich verlassen und nach Amerika entwichen, sowie, daß er seit diesem Zeitpunkte von ihrem Leben und Aufenthalte keine Nachricht erhalten habe, die Chefschiffbauleitungslage wegen bösser Verlassung angestrengt. Die belagte Chefarzt wird zur Beantwortung dieser Klage zum Termin

den 10. September er,

Mittags 12 Uhr,

Zimmer No. 14 vor dem Herrn Stadt- und Kreisgericht Rath Ahmann hiermit öffentlich und unter der Verwarnung vorgeladen, daß in ihrem Ausbleibungsfall die Behauptungen der Klage wider sie für zugestanden erachtet und was Rechtes, erkannt werden wird.

Danzig, den 17. Mai 1872.

Agl. Stadt- und Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (8119)
Das zum Nachlass der Witwe Laura Selinda Schröder geb. Schulz gehörte, hiermit belegene Grundstück Ramberg No. 23 A. der Hypotheken-Bezeichnung (Niedere Seigen No. 11 der Servit-Bezeichnung), in welchem bisher eine Bäckerei mit Erfolg betrieben worden, soll auf Antrag der legitimirten Erben zum Zweck der Aussegnung derselben öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Zu diesem Verkaufe habe ich einen Termin auf

den 1. Juli d. J.

Nachmittags 3 Uhr,
in meinem Bureau anberaumt, zu welchem Kaufstätte eingeladen werden.

Die Kaufbedingungen können in meinem Bureau in den Geschäftsstunden eingesehen werden, auch werde ich auf Erfordern Abschrift verselben gegen Erledigung der Schreiber gebühren ertheilen.

Das Grundstück kann jeder Zeit besichtigt werden.

Danzig, den 23. Mai 1872.

Der Rechts-Anwalt und Notar

Mallison.



Thorn - Insterburger Eisenbahn.

III. Bau-Abtheilung.

Zur Vergebung der Zimmer- und Eisenarbeiten incl. Lieferung des Materials zu 18 Drehbarrières und 12 Städten completen Drahtzugbarrières für die Baustrecke Dt. Eylau, zusammen oder die Zimmers- und Eisenarbeiten getrennt in 2 Looften, Erste veranschlagt auf 700 R., Letzte veranschlagt auf 950 R., habe ich einen Terminaufschluß.

Montag, den 3. Juni er,

Vormittags 11 Uhr,
im hiesigen Strecken-Bau-Bureau anberaumt, in welchem die eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenen werden eröffnet werden.

Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Submission auf ic. Arbeiten zu Barrières der Baustrecke Dt. Eylau" bis zum Termin an mich einzureichen.

Die Bedingungen, Anklage, Zeichnungen und Musterstücke können im oben bezeichneten Bureau eingesehen werden; auch werden die Erstern gegen Erstattung der Copialien abschriftlich mitgetheilt.

Dt. Eylau, den 23. Mai 1872.

Der Streiten-Baumeister.

v. Francheville.

Auction

zu Herrengrabin.

Dienstag, den 23. Juni c., Vormittags 9 Uhr, werde ich zu Herrengrabin bei der Güspachiner Frau Witwe Schmidt wegen Aufgabe der Wirthschaft an den Meistbietenden verkaufen;

eine 20 Pferde, darunter 1 Reite u. 2 elegante Wagenpferde, und mehrere Fährlinge, einige 20 gute Kühe und Jungvieh (ohne die Abstammung), eine Partie Holsteiner Marschfische, ca. 30 Schweine, 1 Kalb, 1 Jagd- und 8 bis 10 Arbeitswagen, 7 div. Schlitten, 1 Drechs- und 1 Sämaschine, 5 vierfüßige Pfüsse, 10 eis. Ecken, Landfaffen, Krümmer, sowie sämmtliches Wirtschafts-Inventar u. Stallgeräth. Ferner an Muster: 2 Cylinderbureaux, 6 Sofas, 2 Dbd. Stühle, 8 bis 10 div. Tische (darunter mehrere Sophistische), 5 Spiegel, Armstiel, mehrere Kleider- und Leinen- spinde, herrschaftliche u. Gesundebetten und verschiedenes Haus- und Küchen- geräth ic.

Fremde Gegenstände dürfen nicht eingebracht werden und erfahren die mir bekanntesten Käufer den Zahlungs-Termin bei der Auction. Unbekannte zahlen sofort.

Janzen, Auctionator,
Breitgasse No. 4.

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Hypotheken-Darlehen auf Eigenschaften und auf selbstständige, in größeren Städten belegene Hausgrundstücke werden durch die unterzeichnete Agentur vermittelt, bei welcher Projekt und Antrags-Formulare zu entnehmen sind. Es wird insbesondere auf die un- kündbaren Hypotheken-Darlehen zum Zinsfuß von 4 Prozent außerordentlich gemacht.

Danzig, im April 1872.

(6089)

Robert Wendt,
Hundegasse No. 67.

Seebad Kahlberg.

Sowie in den früheren Jahren wird auch in diesem Jahre am 15. Juni das Bad eröffnet. Der Badeort selbst liegt auf der Südseite der Düne der frischen Nebrung und ist so durch diese wie durch den gut gesicherten Kieferwald vor allen kalten Nordwinden geschützt. Dadurch bietet Kahlberg den ganzen Sommer hindurch eine fast gleichmäßige Wärmetemperatur dar, die niemals so schnell wie in andern Ostseebädern beim Eintritt von Nordwinden herabgesetzt wird. Es eignet sich deshalb der Ort nicht allein für Seebäder, sondern auch ganz besonders als klimatischer Kurort. Vorzüglich aber haben hier Lungenerkrankungen jeder Art ganz erhebliche Besserung gefunden. Um den Anforderungen der Gegenwart besser entsprechen zu können, ist der Badeort von einer neuwernd gebildeten Aktiengesellschaft angekauft und von dieser mit allen möglichen Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten ausgestattet worden. Die Verbindung mit Elbing wird durch Dammschiffe vermittelt, für bequeme Wohnungen ist durch umfangreiche Neubauten Sorge getragen, auch ift die Beschaffung eines bequemen Weges zur See in Aussicht genommen. Für Veranlagungen und Berstreunungen ist durch Concerte, Bälle, Lecture u. c. bestens gesorgt worden. Jede Anfrage, den Badeort betrifft, ist der Director der Aktiengesellschaft "Seebad Kahlberg" Herr Dr. Böhlkow, wohnhaft in Elbing am Rossgarten No. 4, jederzeit zu beantworten bereit. Und so sei hiermit der Badeort dem badebedürftigen Publikum bestens empfohlen.

Sool- und Seebad Colberg.

Eröffnung der Soolbäder am 20. Mai, des Seebades am 15. Juni. Die Wirkung der Soolbäder, welche noch chemische Analyse zu den kräftigsten gehören, wird durch den Genuss der reinen und stärkenden Seeluft und die Nachtruhe der Seebäder nach ärztlichem Gutachten wesentlich erhöht. Die Bäderanstalten entsprechen allen Anforderungen der Neuzeit. In dem eleganten neuen Theater wird während der ganzen Saison vom 1. Juni an das Gesamtpersonal des Großherzoglichen Hoftheaters in Oldenburg unter Leitung des Herrn Directors August Becker vorzustellen geben. Das unmittelbar am Strand auf einer Anhöhe gelegene, mit ausgedehnten schattigen Parkanlagen umgebene Kurhaus (Strandhaus) ist mit allen erforderlichen, geschmackvoll eingerichteten Räumlichkeiten versehen. Täglich gute Orchester-Musik, Revues und Bälle; Corsosfahrten im Hafen und auf der See. Concerte durch namhafte Künstler. Vorzügliche Restaurations-, Vermehrung eleganter und gesunder Wohnungen durch zahlreiche Neubauten in der schönsten Lage des Bades. Eisenbahn- und Telegraphen-Station. Badehof im Badeorte auf der Mündung. Entfernung der Mündung von der Stadt 15 Minuten. Halbstündliche Omnibusfahrten zwischen Stadt und Mündung. (7011)

Hugo Haase, Glockenthor 141.

Große Auswahl in Negulatenuren, Stuhluhren und Schwarz- wälder Wanduhren, Lager von Taschenuhren jeder Art.

Billigste Preise.

Reelle Garantie des Gutgehens jeder Uhr. Reparaturen prompt und gewissenhaft.

Echte Tafelketten, kurz und lang, in schönsten Mustern.

Hugo Haase, Glockenthor 141.

Hôtel „König von Preussen“

in Königsberg i. Pr., Vorder-Rossgarten 16, vis-à-vis der Wohnung des commandirenden Generals, in der Nähe des Rossgärtner Marktes,

empfiehlt sich bei der Eröffnung zum 21. d. M. hiermit dem reisenden und biegsamen Publikum mit bequemen, modern und elegant eingerichteten Logizkammern, geräumigen Wagen- remisen, Stallungen; mit guter Restoration, Weinstraße, Getränke aller Art; à la carte kann in meinem Hotel zu jeder Tageszeit gefiebt werden. Preise, Bewirthung, Bedienung in zufriedenstellender Weise. Dies Hotel, umgebaut und erweitert, ist den Anforderungen der Zeit gemäß, neu eingerichtet worden. Aus meiner früheren Wirthschaft bestens bekannt, bitte ich das vorherige Publikum diesem neuen Unternehmen ähnlich freundliche Theilnahme zu schenken wie früher.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Kirschnick.

Aufruf zur Wohlthätigkeit.

Am 17. d. Mts., 3 Uhr Nachmittags, brach bei heftigem Sturmwinde im hiesigen Orte Feuer aus, das wahrscheinlich von ruchloser Hand angezündet war. Mit blitzgeschw. griff die Flamme um sich und in wenigen Augenblicken waren 29 Gebäude in einen Aschehaufen verwandelt. 26 Familien verloren dabei nicht bloß das Dach, sondern auch vollständig ihre Habe.

Beitellarm sieben 19 Familien von kleinen Handwerkern und Tagelöhnern hilflos da. Das unterzeichnete Comité wendet sich an alle wohlthätigen Herzen mit der dringenden Bitte, milde Gaben an Geld und Kleidungsstücke an die Expedition dieser Zeitung oder zur directen Abführung an den mitunterzeichneten Pfarrer Stahl in Weinsdorf senden zu wollen.

Weinsdorf, den 20. Mai 1872.

Das Comité für die Abgebrannten in Weinsdorf bei Saalfeld Ostpr. Stahl, Pfarrer. Schramke, Schulze. Kerbelin, Husenwirth. Aug. Lindenau, Organist. Lemke-Rombitten, Landschaftsrath.

Auction i. Gr. Lichtenau.

Montag, den 3. Juni 1872.

Vormittags 9 Uhr,

wird auf dem Hofe der Frau Wittwe Flindt hiermit das Inventarium aus dem von mir erlauchten Flindtschen Grundstücke, wo 12 Pferde, 1 zweijähriges Jähdling, 5 Kühe, 1 Stärke, 3 Arbeitswagen, 1 Walze, 2 Paar Ecken und noch verschiedene andere Utensilien für die Landwirthschaft, öffentlich an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft werden.

A. Claassen

Hofbesitzer in Gr. Lichtenau.

Schwind's Schöne Melusine

(Photographie) habe ich in meinem Geschäftskloster ausge- stellt und lade Kunstfreunde zum Besuch ein.

L. Saunier'sche Buch- u. Kunsthändl. (A. Scheinert).

An Ordre

ist per "Anna", Capt. Aldrup, von G. Schmalz & Co. von Sonderland abgeladen, eine Ladung Steinholzen hier angelommen. Das Schiff liegt am Bleibot löscherig und sollte sich der unbekannte Empfänger schleunigst melden bei

G. C. Hein.

Ausichten von Danzig empfiehlt in größter Auswahl die photographische Anstalt von

A. Bollerstaedt,

Langgasse 15.

Aufnahmen von Häusern, Landsäcken, Schiffen, Maschinen ic. werden aufs Beste zu soliden Preisen ausgeführt. (7502)

Mineralbrunnen.

In der Anstalt des Unterzeichneten werden sämtliche gebräuchlichen Mineralbrunnen in Flaschen in stets frischer Füllung auf Lager gehalten und billig abgegeben. Phosphorsaures Eisenwasser, als wirksamstes Eisenpräparat bestens empfohlen.

Dr. Richter,

Danzig, 4. Damm 6.

No. 7257 und 7275

läuft jetzt die Expedition dieser Zeitung.

Die Klodtter Mühle,

Wassermühle mit 4 neuen Mahlgängen, wozu ein comfortabel eingerichtetes Wohnhaus, Wirtschaftsgebäude, Gärten, sowie ca. 50 Morgen Land gehören, 1 Meile von Graubenz an der nach Lessen führenden Chaussee gelegen, ist vom 1. Juli c. ab zu verpachten.

Reflectanten ertheilt Auskunft

Joh. Heinr. Bischoffsohn,

Graudenz.

Gutsverkauf.

Ein selbständiges Gut, 1 M. von Elbing in der Niederung gelegen, mit 603 Mg. vorj. Äder und Wiesen, completem ökonom. Inventarium incl. 40 Kühen und 60 Fettoschen, neuen Gebäuden, hübschem massiv. Wohnhause, groß. Garten, soll gegen 25 Mille Anzahlung preiswert verkaufen werden. Näheres ertheilt C. L. Württemberg, Elbing.

Verkaufod. Verpachtung

einer Schönfärberei.

Wegen Alters des Besitzers soll eine Schönfärberei verpachtet oder verkaufen werden. Einrichtung und Geschäft vorzüglich.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung unter 8130.

Ein Grundstück, in welchem

mit gutem Erfolg Restaurationsbetrieb wird, welches sich seiner günstigen Lage wegen zu jedem Laden geschäftig eignet, ist für einen solden Preis zu verkaufen. Das Nähere Fleißergasse 56. (8124)

Polnischer Theer in Petroleumfässern, auf d. Theerhof lagern, à 7½ Thlr. pro Fass, bei Mehrabnahme billiger. Däh. im Comtoir, Jopeng. 68.

Buchene geräucherte

Felgen.

Zehn Schok lange und 10 Schok kurze Felgen offerirt pro Schok mit 5 Thlr. franco Waggon Neustadt Wipr.

Neustädter Forst-Verwaltung,

Sigismund Lubszynski.

1000 Gr. Saalau bei Brauš zu verkaufen. (8123)

Ein elegantes Reitpferd

sehr edele engl. Stute, 3-4" groß steht in Kolosken bei Danzig zu verkaufen.

200 starke u. gesunde Hammel

läuft zur Fettweide

(8060) Schroeter in Altmark Wipr.

200 bis 300 Schachtruten Muttererde